

Süddeutsche Zeitung vom 8.5.2012 (Bayern-Teil)

'Die Menschen wollen ihre Spitzen direkt wählen'

Verfassungsrechtler Herbert von Arnim gibt dem geplanten Volksbegehren der ÖDP gute Chancen auf einen Erfolg

In Bayern wird der Ministerpräsident von der Parlamentsmehrheit gewählt. Die ÖDP will nun aber per Volksbegehren seine Direktwahl durch die Bürger durchsetzen. Dazu braucht es bereits im Vorfeld einen hieb- und stichfesten Gesetzentwurf. Die Partei hat neben dem Politikwissenschaftler Franz Decker auch den Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim damit beauftragt.

Beim Nichtraucherschutz-Volksbegehren ging es um ein Thema, bei dem viele mitreden konnten - aber Direktwahl des Regierungschefs?

Das unterschätzen Sie gewaltig. Die Menschen in Deutschland - das wissen wir aus Umfragen - wollen zu 80 Prozent ihre Exekutivspitzen direkt wählen. Das geplante Volksbegehren kommt also zum richtigen Zeitpunkt. Der Charme der ganzen Sache ist, dass es gegen politische Widerstände durchsetzbar ist.

Eine kühne Behauptung.

Gar nicht so kühn, wie es in Ihren Ohren klingt - das hat vor Jahren bereits die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in einigen Bundesländern gezeigt. Früher gab es die Direktwahl der Bürgermeister nur in Bayern und in Baden-Württemberg. Seit etwa 15 Jahren gibt es die nun in allen Flächenländern.

Und wie kam das zustande?

Die Direktwahl der Bürgermeister ist ein Erfolgsmodell. Und was glauben denn Sie, wie dieses Modell von den anderen Ländern übernommen wurde?

Ja wie denn?

Durch Volksentscheid - oder durch glaubwürdiges Drohen damit. Die damaligen Länderregierungen wollten dieses Modell nämlich nicht übernehmen. Dann aber gab es 1991 in Hessen einen Volksentscheid. Gegenstand war die Einführung der Direktwahl der Landräte, der Oberbürgermeister und der Bürgermeister. 82 Prozent der Menschen, die zur Urne gingen, stimmten für die Einführung der Direktwahl. Es brauchte also nur noch eine Oppositionspartei - wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen -, die im Parlament forderte: 'Das wollen auch, notfalls machen wir einen Volksentscheid.' Und sofort ist die Regierungspartei eingeschwenkt und hat das selbst beschlossen.

Was spricht gegen die Wahl eines Ministerpräsidenten durch das Parlament?

Die Bürger haben weniger zu sagen. Wird ein Ministerpräsident an der Spitze einer Parteiliste gewählt, dann verdankt er seinen Posten zu einem erheblichen Teil seiner Partei. Oder noch krasser: Nehmen Sie Horst Seehofer. Er hat noch nie eine Wahl an der Spitze einer Wahlliste gewonnen, mit der er als Kandidat für das Amt des Regierungschefs angetreten ist. Trotzdem ist er Ministerpräsident.

Jetzt werden Sie persönlich.

Gut, dann nehmen Sie den Ministerpräsident von Hessen. Nachdem Koch zurückgetreten war, ist Bouffier Ministerpräsident geworden, allein von Gnaden seiner CDU. Ihm fehlt gewissermaßen die demokratische Legitimation.

Bootet Ihr System nicht die Abgeordneten, ja die Parteien komplett aus?

Nein, im Gegenteil. Ein kluger Ministerpräsident wird bei der Zusammenstellung seiner Regierung die Fraktionen im Landtag angemessen berücksichtigen, um deren Kooperationsbereitschaft zu erhöhen - schon allein, damit er seinen Haushalt und seine Gesetzesinitiativen durchbringt.

Interview: Dietrich Mittler